

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXIII/134

Bonn, den 19. Juli 1968

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1 - 1 a	<u>Die Welt der Vernunft sucht den Mittelweg</u>	59

Die Prinzipien des demokratischen Sozialismus setzen sich durch

2	<u>Blick nach Bayern</u>	55
---	--------------------------	----

Bad Windsheim wird in die bayerische Schulgeschichte eingehen

3	<u>Spaniens Fassade wird "europäisch" aufpoliert</u>	40
---	--	----

Verbesserte Gesetzgebung für ausländische Arbeitnehmer

Von unserem ED-1-Korrespondenten in Madrid

ANHANG

1 - 5	<u>Informationsreise durch die Bundesrepublik</u>	236
-------	---	-----

Andrej Stepanow, Moskau, bei den "Falken" zu Gast

\* \* \* \* \*

\* Andrej Stepanow, Kandidat der historischen Wissenschaften in \*  
 \* Moskau, hat im Mai dieses Jahres als Gast der Sozialistischen \*  
 \* Jugend "Die Falken", mit einigen Freunden die Bundesrepublik \*  
 \* Deutschland besucht. Seine Eindrücke schildert Andrej Stepa- \*  
 \* now im Juli-Heft 1968 der Revue "Sowjetunion heute". Wir ver- \*  
 \* öffentlichen diese Schilderung o h n e Kürzung, weil wir \*  
 \* meinen, daß es wertvoll ist, die Gedanken eines Sowjetbürgers \*  
 \* nach einem Besuch in der Bundesrepublik kennenzulernen. Der \*  
 \* Aufsatz Stepanows erscheint uns aber auch deshalb bemerkens- \*  
 \* wert, weil er außer einigen Klischeevorstellungen über das \*  
 \* Denken und die politische Einstellung der Menschen in der Bun- \*  
 \* desrepublik auch interessante Hinweise auf Beobachtungen ent- \*  
 \* hält, die der Bürger aus der Sowjetunion offenbar als neu und \*  
 \* - wenn man will - positiv empfindet. Die Redaktion \*

\* \* \* \* \*

### Die Welt der Vernunft sucht den Mittelweg

Die Prinzipien des demokratischen Sozialismus setzen sich durch

sp - Im Zusammenhang mit den Ereignissen in der CSSR wird überall in der Welt versucht, den Begriff des demokratischen Sozialismus neu zu formulieren. In Peking werden das Wort und der Begriff natürlich verdammt, in Moskau vorsichtig umschrieben, in den USA zum Teil neu entdeckt und - um vor der eigenen Tür zu bleiben - in der Bundesrepublik teilweise als eine "Abweichung vom Kommunismus" dargestellt.

Tiefgründige Abhandlungen werden verfaßt und gelegentlich wird sogar mutig angedeutet, der Weg zum demokratischen Sozialismus sei für die ganze Welt der Weg zur Rettung vor den gewaltigen Auseinandersetzungen zwischen Ost und West, die Philosophen und Politologen für das letzte Drittel des 20. Jahrhunderts vorausgesagt haben.

Dabei ist das Geschehen in der Tschechoslowakei und auch in anderen kommunistisch regierten Staaten durchaus nicht das Ergebnis eines plötzlichen Sinneswandels politischer Führungsgruppen innerhalb der kommunistischen Bewegung. Die Kraft der Realitäten hat sich stärker erwiesen, als Dogmen.

Aber auch in den Vereinigten Staaten, in Lateinamerika und Afrika, weiß man schon seit langem, daß der von Moskau und Washington nach dem Zweiten Weltkrieg eingeleitete Versuch zur Teilung der Welt in ein "kapitalistisches" und ein "sozialistisches" Lager längst gescheitert ist. Die Kirchen haben das ihre getan, um den Menschen die Furcht vor der Wahl der einen oder anderen Seite zu nehmen; auch sie sprechen jetzt von demokratischem Sozialismus, der eine Mittlerfunktion einnehmen könnte.

Alles das ist garnicht kompliziert. Als sich nach dem Ersten Weltkrieg die Kommunisten von den Sozialdemokraten trennten und behaupteten, nur die Diktatur des Proletariats könnte die Menschheit

glücklicher machen, blieben trotz aller Anfeindungen die Sozialdemokraten ihrer Vorstellung treu, daß die Evolution die Freiheit und den Fortschritt eher sichern könnte, als jede andere politische und gesellschaftliche Staats- oder Regierungsform. Ohne daß die sozialdemokratischen Parteien deswegen etwa überall sich durchsetzen konnten, wurden doch - oft genug unbewußt - ihre Prinzipien von anderen politischen Gruppierungen gutgeheißen und übernommen.

In ähnlicher Weise vollzieht sich auch das Umdenken im ökonomischen Bereich. Während sich in den meisten westlichen Staaten das wirtschaftliche Denken und Handeln von der Vorstellungswelt einer durch nichts gehemmten Freiheit im Konkurrenzkampf langsam zum zielbewußten und über längere Zeiträume sich erstreckenden Planen hin vollzieht, werden im östlichen Machtbereich die Liberalisierungstendenzen immer stärker. Auf b e i d e n Seiten hütet man sich jedoch, alles über Bord zu werfen, was man früher für richtig gehalten hat; man sucht einen Mittelweg, auf dem die persönliche Initiative genügend Raum zur Entfaltung behält, steuert aber gleichzeitig ein Wirtschaftssystem an, das die Verantwortlichkeit für die Gemeinschaft über das Machstreben einiger Weniger stellt.

Dieser Prozeß der Neuorientierung ist natürlich mit einem Kampf einzelner Gruppen und Personen um die Erhaltung ihrer bisherigen Machtpositionen in Staat und Gesellschaft verbunden. Neue Gruppen und neue Kräfte, denen sich ein demokratischer Sozialismus als natürliche Lebensform darbietet, drängen nach vorn. Es hätte wenig Sinn, dieses Drängen durch Interventionen fördern oder eindämmen zu wollen.

Die Welt von heute ist reif genug, um zu begreifen, daß die Zeit des Entweder-Oder vorüber ist. Sie sucht einen Mittelweg, weil sie weiß, daß ein möglicher Zusammenprall unterschiedlicher Meinungen sie ganz vernichten könnte.

+ + +

### Blick nach Bayern

Bad Windsheim wird in die bayerische Schulgeschichte eingehen

spa - Das fränkische Städtchen Bad Windsheim dürfte in die bayerische Schulgeschichte eingehen. Es ist die Gemeinde, die als erste den neuen Schulartikel der Bayerischen Verfassung anwendet. An dem Beispiel von Windsheim sind deutlich die günstigen Auswirkungen der Verfassungsänderung auf unser Volksschulsystem zu sehen. Statt der evangelischen und katholischen Bekenntnisschule und der Gemeinschaftsschule, die jeweils alle acht Schülerjahrgänge umfaßten, wird es künftig zwei Grundschulen mit den Klassen eins bis vier und eine Hauptschule mit den Klassen der Oberstufe geben. Auf diese Weise ergibt sich die beste Einteilung der Klassen und die zweckmäßigste Zuweisung der Lehrer. Für die Schüler der Grundschule ergeben sich die kürzesten Schulwege.

Während die Bad Windsheimer Bürger jährlich vor der Einschreibung unter sich die Auseinandersetzung zwischen Anhängern der Bekenntnisschule und der Gemeinschaftsschule austrugen, richtete sich nun der "Schulkrieg" gegen den Staat. Bürgermeister, Stadtrat, Geistliche beider Konfessionen und die Elternbeiräte aller drei Schulen verlangten die umgehende Anwendung der neuen Verfassungsbestimmung.

Das bayerische Kultusministerium zeigte sich wie meistens stur. Noch am 9. Juli erklärte ein Sprecher des Ministeriums gegenüber der Deutschen Presse-Agentur, daß eine Umstellung des Volksschulwesens noch zu Beginn des nächsten Schuljahres zu einem Chaos führen werde. Er wandte sich ferner gegen jegliche Zweigleisigkeit und bezeichnete die Absicht verschiedener Gemeinden, die gemeinsame Volksschule schon im Herbst einzuführen, als illegal. "Wenn die Schulaufsichtsbehörde solche Versuche unterbindet, hat sie zu Recht gehandelt".

Die Bad Windsheimer ließen sich auch davon nicht schrecken. Eine Woche nach dieser Erklärung haben die Behörden nachgegeben. Die bisher boykottierte Schuleinschreibung wird nach den Wünschen der Bad Windsheimer stattfinden. Die Schulen werden bis zum Vorliegen einer Ministerialanweisung den Namen "Christliche Gemeinschaftsschule" erhalten. Wir dürften nicht fehl gehen in der Annahme, daß diese Ministerialentscheidung sehr bald nach dem 1. August erlassen wird. Die Schulen werden dann nur noch "Volksschule" heißen.

Das Beispiel von Bad Windsheim zeigt, daß die Neueinteilung der Schulsprengel durchaus rascher vorzunehmen ist als es das Kultusministerium wahrhaben will. In Bayern gibt es viele hundert Fälle, die ähnlich gelagert sind. Häufig befinden sich zwei selbständige Schulen sogar in e i n e m Schulhaus! Die SED hat wiederholt betont, daß es weder sachlich gerechtfertigt noch zumutbar ist, hier ein Jahr lang alles beim alten zu lassen. Häufig ist es den Erziehungsberechtigten noch gar nicht bewußt geworden, daß dies beabsichtigt ist. Es ist deshalb damit zu rechnen, daß es nach Schuljahresbeginn in Bayern zahlreiche Bad Windsheim geben wird. Dann wird sich zeigen, welcher Fehler es war, die Schulgesetzänderung zu verzögern. - Auch Kultusminister Dr. Huber scheint inzwischen eingesehen zu haben, daß er seine bisherige Absicht nicht durchhalten können. Er empfahl deshalb den Eltern, sie sollten ihre Kinder ab September in die nächstgelegene Schule schicken, gleich, ob es sich um eine Bekenntnisschule oder eine Gemeinschaftsschule nach dem bisherigen Recht handelt, da diese Unterschiede ja ohnehin verschwänden. Damit würde allerdings den Eltern die Last aufgebürdet, selbst eine Neueinteilung der Schulsprengel vorzunehmen. Wir bezweifeln, ob das befürchtete "Chaos" auf diese Weise glimpflicher ausfallen wird, als wenn die Schulbehörde von sich aus initiativ würde.

## Spaniens Fassade wird "europäisch" aufpoliert

---

Verbesserte Gesetzgebung für ausländische Arbeitnehmer

Von unserem HD-1-Korrespondenten in Madrid

Tiefbesorgt über die unfreundliche Reaktion im Europa der Sechsz auf die Wiederbelebung der Falange entschloß sich jetzt die spanische Regierung, die Nachfolge des 75-jährigen Staatschefs Franco durch einen simplen Verwaltungsakt zu regeln, diskriminierende Arbeitsbedingungen für Ausländer abzuschaffen und den in den beiden letzten Jahren übermäßig stark gewordenen Einfluß der Einheitsbewegung Falange fühlbar einzudämmen.

Im Staatsanzeiger wurde eine neue protokollarische Verordnung veröffentlicht, in der unmittelbar hinter dem Staatschef der "Erprinze" Juan Carlos rangiert, der auf kaltem Wege zu Francos Nachfolger designiert wurde.

Die Falange kommt bei der neuen Protokollordnung schlecht weg und wird klar ins zweite Glied verwiesen. Zu Überstürzt hatten die Falangisten auf die Wiedererweckung des "Führerstaates" hingearbeitet, der allerdings von den breiten Volksmassen ebenso wie das Königtum als Anachronismus in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts erachtet wird.

Um Repressalien der EWG-Länder für die Beschäftigung spanischer Gastarbeiter zu vermeiden, hob der spanische Ministerrat die von der OECD wiederholt kritisierten diskriminierenden Bedingungen auf, denen die 20 000 in Spanien arbeitenden Ausländer seit dem 29. August 1955 unterworfen waren. Die Sondersteuer auf vier Prozent des Einkommens der Ausländer fällt fort. Wenn Spanien die Gebühren für Arbeitsgenehmigungen von Ausländern beibehält, so ist nach Ansicht der zuständigen Parlamentskommission zu befürchten, daß die EWG-Länder von dort arbeitenden Spaniern eine gleiche Gebühr erheben. Die Regierung gab offen zu, die Beibehaltung diskriminierender Bestimmungen würde sich im Ausland auf eine Vielzahl spanischer Arbeiter nachteilig auswirken. Die zähe diplomatische Arbeit der EWG-Botschaften in Madrid hat sich also bezahlt gemacht.

Mit der Ausbootung der Falange aus dem "inneren Kreis" um die Nachfolge Francos versucht Spanien, sein Ansehen in der Sechsergemeinschaft zu heben. Die Frage ist freilich, ob die von Madrid angebotenen politischen Zugeständnisse in Brüssel als ausreichend erachtet werden, zumal die Wiedereinführung der Monarchie, obwohl von den Verfassungsgesetzen vorgesehen, nicht automatisch den Weg zur repräsentativen Demokratie freimacht. Für Madrid wird es in erster Linie darauf ankommen, berechtigte Zweifel der künftigen Europa-Partner auszusräumen. Die stillschweigende Nachfolge-Regelung kann nur ein Anfang sein.

Informationsreise durch die Bundesrepublik

Andrej Stepanow, Moskau, bei den "Falken" zu Gast

\* \* \* \* \*

\* Andrej Stepanow, Kandidat der historischen Wissen- \*  
\* schaften in Moskau, hat im Mai dieses Jahres als Gast \*  
\* der Sozialistischen Jugend "Die Falken", mit einigen \*  
\* Freunden die Bundesrepublik Deutschland besucht. \*  
\* Seine Eindrücke schildert Andrej Stepanow im Juli- \*  
\* Heft 1968 der Revue "Sowjetunion heute". Wir ver- \*  
\* öffentlichen diese Schilderung o h n e Kürzung, \*  
\* weil wir meinen, daß es wertvoll ist, die Gedanken \*  
\* eines Sowjetbürgers nach einem Besuch in der Bundes- \*  
\* republik kennenzulernen. Der Aufsatz Stepanows er- \*  
\* scheint uns aber auch deshalb bemerkenswert, weil \*  
\* er außer einigen Klischeevorstellungen über das \*  
\* Denken und die politische Einstellung der Menschen \*  
\* in der Bundesrepublik auch interessante Einweise auf \*  
\* Beobachtungen enthält, die der Bürger aus der Sowjet- \*  
\* union offenbar als neu und - wenn man will - \*  
\* positiv empfindet. - Die Redaktion. \*

\* \* \* \* \*

Als wir am 8. Mai 1968 Westdeutschland überflogen, mußte ich un-  
willkürlich daran denken, daß hier an diesem Tag vor genau dreiund-  
zwanzig Jahren die Kanonen zum Schweigen gekommen waren. Damals war  
der langersehnte Frieden Wirklichkeit geworden, für den die Menschheit  
einen so hohen Preis hatte zahlen müssen. Ob aber dieser Frieden sich  
als dauerhaft erweisen würde? Das war die Frage.

Das Flugzeug, das meine Kameraden Viktor Poljanitschenko und  
Pjotr Kurilenko und ich benutzten, landete auf dem Flughafen von  
Frankfurt am Main. Wir stiegen voller Erwartung die Gangway hinab und  
brannten darauf, selbst zu erfahren, wie diese Bundesrepublik nun wirk-  
lich ist, was ihre Bürger sagen und denken.

Unsere Gastgeber, die Sozialistische Jugend Deutschlands - Die  
Falken, hatten für uns ein mannigfaltiges und interessantes Reise-  
programm vorbereitet und unseren Wünschen dabei weitgehend Rechnung  
getragen. Wir bekamen die Möglichkeit, Frankfurt, Bonn, Dortmund,  
Essen, Bochum, Hannover, Hamburg, München, ein Hoesch-Stahlwerk, die  
Volkswagen-Werke, eine Kohlenzeche im Ruhrgebiet und einen Atomreaktor  
zu besichtigen. Wir besuchten ferner einen Landwirtschaftsbetrieb,  
eine Hochschule und verschiedene Museen.

Jetzt, da unsere Reise schon einige Wochen zurückliegt, beginnt  
sich in unserem Bewußsein eine natürliche Auslese der vielfältigen

Eindrücke zu vollziehen. Bedeutendes festigt sich im Gedächtnis, während Unwesentliches abgeschüttelt wird. Die zwei Wochen, die wir in der Bundesrepublik verlebten, erweiterten zweifellos unsere Vorstellungen von diesem Land, lieferten uns Stoff zum Nachdenken und zu Schlussfolgerungen. Einige Ergebnisse, zu denen ich dabei gelangte, möchte ich gerne den Lesern unserer Zeitschrift mitteilen.

Heute wird weitgehend zugestanden, daß es keine wichtigere Aufgabe gibt als die, der Welt den Frieden zu erhalten und ihn zu festigen. Aber die Vorstellung "Frieden" setzt sich aus einer Summe konkreter Alltagsereignisse, aus einer Vielzahl von Aktionen, schließlich aus den Verhaltensweisen der einzelnen Menschen zusammen, die sich ihrer persönlichen Mitverantwortung für den Frieden bewußt oder auch nicht bewußt sind.

Versuchen wir von diesem Standpunkt aus das, was wir in der Bundesrepublik gesehen und gehört haben, zu beurteilen, so sehen wir uns einem vielfarbigen, häufig recht widerspruchsvollen Bild konfrontiert, dessen Farbtöne nicht immer erheitern wirken.

Während unseres Aufenthaltes in der Bundesrepublik wurden wir zum Beispiel Augenzeugen des erbitterten politischen Kampfes um die Notstandsgesetze. Unsere westdeutschen Gesprächspartner äußerten über diese Gesetze die entgegengesetztesten Meinungen. Meinten die einen, die Gesetze müßten angenommen werden, damit in kritischen Augenblicken die Demokratie gerettet werden könne, so erklärten dagegen die anderen, die Notstandsgesetze würden es gerade erlauben, die demokratische Ordnung in wenigen Stunden in eine Diktatur zu verwandeln, wie es etwa in Griechenland vorexerziert wurde.

Am 10. Mai saßen wir auf der Publikumstribüne im Bundestag und hörten uns die Reden der Abgeordneten an. An diesem Tag sprach man in der Bundeshauptstadt auch vom bevorstehenden Sternmarsch auf Bonn. Die einen Abgeordneten billigten diese "Äußerung des Volkswillens", während andere die "Einkischung der Straße in die Befugnisse des Parlamentes" entschieden ablehnten. Wir verfolgten mit großem Interesse, wie die Diskussion um die Notstandsgesetze und der Marsch auf die Bundeshauptstadt das politische Bild Westdeutschlands um eine völlig neue Nuance bereicherten.

In München standen wir sinnend vor der mit großen Plakaten bedeckten Passage der Akademie der Bildenden Künste. Aus den Texten der Plakate ging hervor, daß die überwiegende Mehrheit der Studenten und auch ein Teil der Professoren dieser Lehranstalt die Notstandsgesetze ablehnten. Unsere Gesprächspartner äußerten in der Regel, ohne unsere Fragen abzuwarten, ihre Meinung über die Notstandsgesetze. Auch wir wichen einer Diskussion nie aus und machten aus unserer Sorge über die drohenden Folgen der Notstandsgesetze kein Hehl. Bei diesen Gesprächen wurde uns niemals vorgeworfen, daß wir uns "in die inneren Angelegenheiten der Bundesrepublik" einmischen würden. Im Gegenteil betonten viele Bundesbürger, mit denen wir uns unterhielten und die keineswegs alle zur Linken gehörten, im Gegensatz zum amtlichen Standpunkt der Bundesregierung, daß die Annahme der Notstandsgesetze eine Entscheidung darstelle, deren Tragweite den Rahmen einer inneren Angelegenheit der Bundesrepublik weit überschreite.

Ein ähnlicher Standpunkt wurde auch bei der Diskussion über die Reaktivierung des deutschen Faschismus erkennbar. Den Plakaten, Flugblättern und Sprachbändern der NPD begegneten wir während unserer Reise fast auf Schritt und Tritt. Die NPD-Parole "Wir setzen uns durch!"

klang sehr anmaßend. Wo und zu welchem Zweck gedenken sie sich durchzusetzen? Unsere Gesprächspartner waren hochgestellte Diplomaten und außenpolitische Experten der politischen Parteien in Bonn sowie Arbeiter und Studenten. Sie zeigten sich über die immer reger werdende Tätigkeit der rechtsradikalen Kräfte in der Bundesrepublik mehr oder weniger besorgt. Uns fiel aber auf, daß diese Besorgtheit häufig die Grenzen eines gelinden Unbehagens kaum überschritt. Einige unserer Gesprächspartner wollten uns glauben machen, die NPD würde niemals mehr als zehn oder zwölf Prozent der Wählerstimmen erhalten, und die Gefahr würde nur einen "begrenzten Charakter" tragen. Ich beschäftigte mich seinerzeit mit der Geschichte der Weimarer Republik und weiß deshalb einiges über den Werdegang des deutschen Faschismus, und meines Erachtens haben diejenigen durchaus recht, die im heutigen Geschehen eine unheilverkündende Analogie der Ereignisse erblicken, die sich vor fast vierzig Jahren in Deutschland ereigneten. Auch damals versicherten viele Gutgläubige, Hitler werde sich nie durchsetzen.

In München wurden wir Augenzeugen eines spontanen Protestes gegen den Neonazismus. Unser Taxi war zufällig in eine Kolonne von Wagen geraten, die mit NPD-Plakaten beklebt waren. Als aber von einem dieser Wagen durch Lautsprecher eine NPD-Kundgebung angekündigt wurde, begannen alle Taxifahrer zu hupen. Auch unser Chauffeur, ein junger Mann mit Spitzbart, schloß sich dem lautstarken Protest seiner Kollegen an. Das Hupen wurde eingestellt, sobald die Stimme des NPD-Lautsprechers verstummte. Das wiederholte sich mehrere Male.

An der Gedenkstätte auf dem Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers Dachau notierte ich mir später einen Satz, der mich dort durch seinen tiefen Sinn stark beeindruckte: "Wer sich des Vergangenen nicht erinnern will, ist dazu verurteilt, es noch einmal zu erleben". Mich dünkt, diese Warnung ist heute aktueller denn je zuvor.

Ich will aber auch kein Geheimnis daraus machen, daß es uns angenehm war, die Feststellung treffen zu können, daß viele Westdeutsche die Sachlage realistisch und nüchtern betrachten und sich zum Beispiel für die Anerkennung der Deutschen Demokratischen Republik aussprechen. Das Wort "Zone" wird jetzt immer seltener, die Bezeichnung DDR dagegen zunehmend häufiger als früher gebraucht.

Es gab aber auch manches, was bei uns - gelinde gesagt - Befremden auslöste. Wenn wir beispielsweise im Fernsehen den Wetterbericht einschalteten, erschien auf dem Bildschirm regelmäßig die Karte Deutschlands mit seinen Vorkriegsgrenzen. In einem Hamburger Hotel hatte sich sogar ein Zimmermaler bemüht gefühlt, an einer Wand Deutschland mit Österreich als Teil Deutschlands darzustellen.

Während unserer Reise kamen unsere Gesprächspartner häufig auf die "neue Ostpolitik" der Bundesregierung zu sprechen. Sie versuchten, uns den Charakter und die Ziele dieser Politik zu erklären. Darum bemühte man sich im Bundesaußenministerium, im Bundestag und bei verschiedenen anderen Stellen. Offen gesagt, diese Erklärungen klangen nicht überzeugend. Wenn jemand eine neue Politik verkündet, muß er schließlich eine alte aufgeben und das Neue nicht nur proklamieren, sondern auch in die Tat umsetzen.

An einem schönen Maitag wurden wir eingeladen, mit einer einmotorigen Sportmaschine einen Flug über das Ruhrgebiet zu unternehmen. Die Flughöhe betrug durchschnittlich 400 Meter. Die Sicht war ausgezeichnet, und die Erklärungen des uns begleitenden deutschen Herrn waren sehr interessant. In dem riesigen Industriekomplex, der dort



unter uns lag, verschmolz eine Großstadt mit der anderen. Soweit das Auge reichte, sah man Fabrikschornsteine und Werkshallen. Ab und zu tauchte unter den Tragflächen des Flugzeugs das grüne Oval eines Stadions, das Rechteck eines Tennisplatzes oder der blaue Spiegel eines Schwimmbades auf. Alles war durch ein dichtes Netz von Eisen- und Autobahnen miteinander verbunden. Die Menschen schienen uns, aus dieser Höhe betrachtet, winzig klein und irgendwie schutzlos.

Als ich auf dieses Stück Erde hinablickte, das vor etwas mehr als zwanzig Jahren dem furchtbaren Moloch des Krieges entrissen wurde, erstand vor meinem geistigen Auge die eigene Heimat, die Gegend um Moskau. Welcher Wahnsinn wäre es doch, wenn ein neuer Krieg den europäischen Kontinent, die Wiege der modernen Zivilisation, erneut heimsuchen würde! Einem solchen Krieg muß unbedingt der Weg verlegt werden. Aber leider treffen beinahe täglich Nachrichten ein, die besagen, daß die Möglichkeit einer neuen Kriegskatastrophe keineswegs ausgeschlossen ist.

In einem Begrüßungswort, das wir an die "Falken"-Konferenz von Westfalen-West in Wattenscheid richten durften, erinnerten wir die Delegierten an die Worte Goethes: "Nur der verdient sich Freiheit wie das Leben, der täglich sie erobern muß." Welch herrliche, begeisterte Devise! Wer von uns, die wir in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts leben, könnte sich die Zukunft ohne dauerhaften Frieden vorstellen? Wenn wir uns schlafen legen, müssen wir wissen, ob der nächste Tag und die folgenden Tage Tage des Friedens sein werden. Aber was Goethe von der Freiheit sagt, gilt auch für den Frieden: Nur der verdient ihn, der sich täglich um ihn bemüht.

Bezeichnend war das, was wir in der Bundesrepublik zum Krieg in Vietnam zu hören bekamen. Mancher unserer Gesprächspartner meinte kurz und bündig, die USA müßten die Aggression gegen das vietnamesische Volk sofort einstellen, aber je höher die Dienststellung unseres Gesprächspartners war, desto zurückhaltender wurden sie in ihrer Meinungsäußerung zu dieser Frage. Bestenfalls wurde dann zaghaft der Wunsch nach einer "Einstellung des Blutvergießens" in Vietnam geäußert.

Wir haben erlebt, wie die westdeutsche Bevölkerung und die bundesdeutsche Presse gegen das antidemokratische Regime der faschistischen Militärjunta in Griechenland protestierten. Unvergeßlich wird uns das Konzert der Melina Mercouri und des Nikis-Theodorakis-Orchesters sein, das am 12. Mai in Essen stattfand. Immer wieder wurde im Saal "Freiheit!", "Demokratie!", "Nieder mit dem Faschismus!" gerufen. Vielen standen die Tränen in den Augen. Wir wurden darauf aufmerksam gemacht, daß diese Veranstaltung unter dem Patronat des Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen stand. Der Ministerpräsident sprach auch die einleitenden Worte und

bedankte sich im Namen aller Anwesenden am Schluß des Konzerts bei der Künstlerin. Aber leider mußten wir feststellen, daß nicht alle westdeutschen Politiker das faschistische Regime in Griechenland verurteilen.

Während der Reise durch die Bundesrepublik konnten wir häufig Symptome entdecken, die auf mehr Kontakte zwischen unseren beiden Ländern schließen lassen. Plakatanschläge kündigten ein bevorstehendes Konzert sowjetischer Künstler an, und Schallplatten mit russischen Volksliedern wurden uns in westdeutschen Geschäften angeboten, aber immer noch wird die UdSSR - bewußt oder gewohnheitsmäßig - in Werbeprospekten als ein Land dargestellt, dessen einzige Schenswürdigkeiten die vergoldeten Zwiebeltürme der Kirchen und die Balalaikas sind. Im Münchner Deutschen Museum, das auch eine Abteilung "Weltraumerschließung" besitzt, werden ausführlich die allgemein bekannten Leistungen der USA auf diesem Gebiet dargestellt, während eine Darstellung der Leistungen unseres Landes zur Weltraumforschung und -erschließung nirgends zu entdecken war. Ich konnte für diese merkwürdige Haltung des renommierten Museums keine Erklärung finden.

Aus dem, was wir in der Bundesrepublik sahen und hörten, konnten wir leider nicht die Schlußfolgerung ziehen, daß hier der Kalte Krieg völlig erloschen sei, oder daß hier Theorie und Praxis des Antikommunismus der Vergangenheit angehörten. Wir haben gesehen, welche Formen der Antikommunismus in der Bundesrepublik annimmt, wie er unsere Ziele verfälscht, unsere Lebensweise verzerrt darstellt und die Menschen im Westen durch Greuermeldungen abzuschrecken versucht. Wir merkten es bei vielen Gesprächen, bei der Lektüre von Zeitungen und Illustrierten, bei Kinobesuchen. Zweifellos leiden darunter Beziehungen und Zusammenarbeit unserer beiden Staaten.

Das lebhafteste Interesse für die Sowjetunion, der Wunsch, möglichst viel über unser Land aus erster Hand zu erfahren, war immer wieder festzustellen: in der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft in Frankfurt am Main, an der Ruhruniversität in Bochum, wo wir einer Russisch-Stunde beiwohnten, und bei anderen Gelegenheiten. Obwohl unsere Zeit reichlich ausgefüllt war, fanden wir während unseres Aufenthaltes in der Bundesrepublik Gelegenheit, auch einige der großen kulturellen Schätze des deutschen Volkes kennenzulernen. Wir besuchten die Alte und die Neue Pinakothek in München und Kunstausstellungen und Museen in anderen Städten. Die Reise in die Bundesrepublik bot uns auch eine vorzügliche Gelegenheit, die Sitten und Gewohnheiten ihres Volkes kennenzulernen. Am Rande sei bemerkt, daß auch die deutsche Küche bei uns in angenehmer Erinnerung bleiben wird.

Abschließend möchte ich nicht versäumen, den "Falken" herzlich zu danken für die gastfreundliche Aufnahme und die uns gewährte Möglichkeit, die Bundesrepublik und ihre Bürger kennenzulernen.